

Dez. 2 Finanzen und Wirtschaft

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0643/20

Titel der Drucksache

Öffentlichkeitskampagne für Bewusstsein zur Relevanz von Steuereinnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- | | |
|---|-------|
| Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? | Ja. |
| Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? | Nein. |
| Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? | Nein. |

Stellungnahme

Der Antragsteller hat mit der Feststellung Recht, dass ein funktionierendes, leistungsfähiges und gerechtes Steuersystem Voraussetzung für eine hohe Qualität der Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sind. Dabei wünschen sich die Steuerzahler nicht nur eine einfache Sprache, sondern auch einfache, klare und widerspruchsfreie Regelungen. Die Schaffung dieser Regelungen ist Aufgabe der Politik in den Stadträten, Landtagen und im Bundestag. Als Teil der Exekutive ist die Stadtverwaltung allerdings an die Entscheidungen der Legislative gebunden. Dabei unterstützt auch die Stadtverwaltung den Abbau bürokratischer Regelungen und Vorgaben. Die vorgesehene Öffentlichkeitskampagne ist aber nicht Teil einer solchen Entbürokratisierung. Vielmehr werden hier zusätzliche Verwaltungsaufgaben geschaffen. Bei der Öffentlichkeitskampagne handelt es sich um eine zusätzliche freiwillige Aufgabe. Finanzielle und personelle Ressourcen sind hierfür nicht vorhanden und müssten von anderen Aufgaben abgezogen werden. Es ist weiterhin unklar, wer Adressat der Kampagne sein soll. Der Erfurter Bürger? Die Gewerbetreibenden? Die Landesregierung? Die Erfurter Politiker? Weiterhin ist aus der DS weder ein zeitlicher noch ein finanzieller Rahmen zu entnehmen. Der Antrag ist daher abzulehnen!

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Linnert

Unterschrift Beigeordneter

14.04.2020

Datum